

## A1 LTWP 1 - 18 - sozial-gerechten und ökologisch-nachhaltigen Gesellschaft

Antragsteller\*in: Hannah (LAG Wirtschaft)

### Antragstext

- 1 17 Wir GRÜNE geben ein anderes Tempo vor. Entschieden setzen wir uns ein für mehr
- 2 18 Klimaschutz und verfolgen das Ziel einer klimaneutralen (streichen)sozial-gerechten und ökologisch-nachhaltigen (einfügen) Gesellschaft.

### Begründung

Klimaneutralität ist als Begriff schwierig, weil es darum geht, weiter klimachädlich handeln zu dürfen und zum Beispiel über Aufforstungsmaßnahmen dies ausgleichen zu dürfen. Hier wird viel schön gerechnet. Das ist als Zwischenschritt ok, sollte aber nicht als Ziel gesetzt werden. Das Ziel muss mehr sein: Soziale Gerechtigkeit und (nicht nur rechnerische) ökologische Nachhaltigkeit

A2 LTWP 2 - 2 - sozial-ökologische Transformation

Antragsteller\*in: Hannah (LAG Wirtschaft)

## **Antragstext**

- 1 2 - ökologische Transformation ersetzen durch sozial-ökologische Transformation

## **Begründung**

Nur ökologisch reicht nicht.

## A3 LTWP 2 - 24 - nachhaltige Kriterien erweitern

Antragsteller\*in: Hannah (LAG Wirtschaft)

### Antragstext

- 1 Dazu möchten wir eine
- 2 23 landeseigene GREEN KI Strategie entwickeln und bei der Vergabe Software nach
- 3 24 nachhaltigen Kriterien, wie Stromverbrauch, Langlebigkeit und Nachhaltigkeit in den Lieferketten, genauer unter die Lupe nehmen.

### Begründung

Ergänzen. Nur Stromverbrauch ist etwas kurz gegriffen.

## A5 LTWP 2 - 76 - Digitalisierung und sozial-ökologischer Wandel

Antragsteller\*in: Hannah (LAG Wirtschaft)

### Antragstext

- 1 76 Wir wollen den Mittelstand und das Handwerk bei dem Prozess der Digitalisierung und dem sozial-ökologischen Wandel
- 2 77 unterstützen.

### Begründung

Das LTWP zielt die ganze Zeit auf die Digitalisierung ab. Die Technologie alleine wird uns nicht retten, das sollten wir auch im Programm mitdenken und Alternativen vorschlagen.

## A7 LTWP 2 - 164 - gemeinwohlorientierte Geschäftsmodelle

Antragsteller\*in: Hannah (LAG Wirtschaft)

### Antragstext

- 1 163 Gründungsstipendien und Gründungsdarlehen können helfen, um Gründerinnen und
- 2 164 Gründern mit CO2- und ressourcensparenden (streichen) sozial-ökologisch ausgerichteten und
- 3 damit gemeinwohlorientierten Geschäftsmodellen den Einstieg in die
- 4 165 Selbstständigkeit zu erleichtern. Um Frauen zu ermutigen, werden wir sie im
- 4 166 Rahmen eines Gründerpreises mit einer eigenen Kategorie besonders ansprechen.

### Begründung

Auch hier. Mehr Mut zur Transformation und nicht nur auf CO2 Einsparung ausgerichtet, sondern ganzheitlicher Denken.

A8 LTWP 2 - 167 - BIP

Antragsteller\*in: Hannah (LAG Wirtschaft)

## Antragstext

- 1 167 Nachhaltiges Wirtschaften für Rheinland-Pfalz und die Welt
- 2 168 Das Bruttoinlandsprodukt war bisher istein (streichen) wesentlicher Indikator für den wirtschaftlichen
- 3 169 Wohlstand. In Zukunft kann er aber nicht der einzige Gradmesser für unseren Wohlstand bleiben, denn Lebensqualität bedeutet mehr als nur materieller Umsatz. Für uns GRÜNE steht im Mittelpunkt, dass es der
- 4 171 Gesellschaft insgesamt gelingt, Lebenschancen für alle und Zusammenhalt zu
- 5 172 sichern, ohne dabei die natürlichen Lebensgrundlagen zu zerstören. Mit dem
- 6 173 Regionalen Wohlfahrtsindex wollen wir Parameter einführen, anhand derer die
- 7 174 Wohlstandsmessung nach dem BIP ergänzt werden soll.

## Begründung

Anders und klarer formulieren.

A9 LTWP 2 - 265 - Bürger\*innen statt Verbraucher\*innen

Antragsteller\*in: Hannah (LAG Wirtschaft)

## Antragstext

- 1 265 Verbraucher\*innen schützen
- 2 Bürger\*innen schützen

## Begründung

Ich würde gerne den Begriff der Verbraucher\*innen weniger oft nutzen und den Begriff der Bürger\*innen stärken. Wir fallen mit diesem Wahlprogramm auf den Hayek'schen Sprech der Konsumentensouveränität herein, welche langsam aber sicher demokratische Mitbestimmung der Bürger\*innen in Bezug auf Wirtschaft abschafft.

## A11NEU LTWP 2 - 15 Nachhaltiges Wirtschaften

Antragsteller\*innen:

### Antragstext

- 1 15: Nachhaltiges Wirtschaften orientiert sich nicht in erster Linie an Kosteneffizienz und Wachstum, sondern stärkt die Region durch innovative Gründer\*innen, soziale Geschäftsmodelle, starkes Handwerk und gemeinwohlfördernden Mittelstand, die miteinander und nach Außen vernetzt sind. Eine nachhaltige Wirtschaft nutzt die Fähigkeiten der Menschen der Region und stärkt den sozialen Zusammenhalt in
- 2 Rheinland-Pfalz, indem Räume geschaffen werden, die ein gemeinsames Anpacken für zukunftsfähiges Wirtschaften ermöglichen in Fablabs, Repair-Cafes oder Urbanen Gärten

### Begründung

Es scheinen 3 Hauptthemen abgehandelt zu werden: Tourismus, Digitalisierung und Verbraucherschutz. Als erstes und wichtigstes Thema sollte die Förderung nachhaltiger und regionaler, resilienter Wirtschaftsstrukturen stehen, das später im Kapitel dann verschiedenen kleineren Paragraphen (167 Nachhaltiges Wirtschaften für RLP und die Welt, 65 Mittelstand stärken, 89 Handwerk hat grünen Boden, 324 Reparieren statt Wegwerfen, 29 Zukunftsticherung durch die sozial-ökologische Transformation) ein Dach bietet...Dann weiter mit 97 Fachkräfte sichern

## A12 LTWP 2 - 2 - Gründung einer Wirtschaftsentwicklungsgesellschaft für RLP

Antragsteller\*in: Julian Joswig (KV Rhein-Hunsrück)

### Antragstext

- 1 Neben der Außenhandelsförderung spielt die Anwerbung von Investoren für die rheinland-pfälzische Wirtschaft weiter eine wichtige Rolle. Diesen Prozess wollen wir in Kooperation mit der Außenhandelskammer nachhaltig sichern und langfristig die Gründung einer landeseigenen Wirtschaftsentwicklungsgesellschaft prüfen.

### Begründung

Im Vergleich zu den meisten anderen Bundesländern engagiert sich das Land RLP nur geringfügig im Bereich der Außenhandelsentwicklung und setzt vor allem auf bundesweite Angebote (Außenhandelskammer und GTAI). Andere Länder wie beispielsweise Hessen (<https://www.htai.de/ueber-uns/>) oder NRW (<https://www.nrwinvest.com/de/startseite/>) arbeiten seit Jahren erfolgreich mit landeseigenen Wirtschaftsfördergesellschaften, welche die lokalen Unternehmen im internationalen Geschäft beraten und kompetente Ansprechpartner für ausländische Investoren sind. Meines Erachtens bietet eine solche Gesellschaft das Potential, insbesondere kleine, mittelständische Unternehmen in ihren Bemühungen zu unterstützen und RLP zukünftig besser in der globalisierten Welt aufzustellen. Spezifisches Knowhow, etwa hinsichtlich der Weinwirtschaft oder für Mittelständler in der Zulieferindustrie können unseren Wirtschaftsstandort nachhaltig aufwerten.

## A13 LTWP 2 - 2 - Tourismuskonzepte für Landes- und Bundesgartenschauen fördern

Antragsteller\*in: Julian Joswig (KV Rhein-Hunsrück)

### Antragstext

- 1 Um Rheinland-Pfalz zur erfolgreichen Tourismusmarke zu machen, setzen wir auf den intensiven Austausch aller Akteur\*innen und auf eine zukunftsweisende Struktur der Tourismusförderung. Eine besondere Rolle sollen hierbei die Landes- und Bundesgartenschauen spielen, welche viele Menschen aus Nah und Fern in die Regionen des Landes bringen, um die Natur und Pflanzenvielfalt zu erleben.  
Spezifische
- 2 Entwicklungskonzepte und Fördermittel für nachhaltige Investitionen müssen hierfür bereitgestellt werden.

### Begründung

Ich kann nicht nachvollziehen, wieso die Landes- und Bundesgartenschauen keinen Einzug in den Entwurf zum Wahlprogramm gefunden haben. Mir fallen diverse Beispiele ein (BUGA in Koblenz, LAGA in Bingen, etc.) die nachhaltige Investitionen, eine lokale Aufwertung der Standorte und vor allem langfristige Tourismus-Effekte mit sich gebracht haben. In meiner Heimat, dem Oberen Mittelrheintal, laufen bereits jetzt die Planungen für die BUGA 2029, eine dezentrale Gartenschau durch das Weltkulturerbe, welche vielzählige Investitionen in Infrastruktur für Mobilität und Digitalisierung bringen wird. Andere Parteien wie SPD und CDU setzen (erfolgreich) auf solche Mega-Events; wir sollten versuchen das Thema ebenfalls stark zu besetzen und die Chancen für einen sanften Tourismus sowie nachhaltige Investitionen zu betonen.

(Ergänzung auf Seite 5, Zeile 207 ff.)

## A14 LTWP 2 - 2 - Einsatz für eine langfristige Anpassung der MwSt-Sätze in Gastronomie und Hotellerie

Antragsteller\*in: Julian Joswig (KV Rhein-Hunsrück)

Status: Zurückgezogen

### Antragstext

- 1 Außerdem wollen wir uns auf Bundesebene dafür einsetzen, die im Zuge der Corona-Krise gesenkte Mehrwertsteuer für die Gastronomie auch über den Sommer 2021 hinaus zu halten. Diese entspricht somit dem gleichen Steuersatz für Lebensmittel zum Mitnehmen und schafft somit Anreize zum Verzehr vor Ort und entlastet die Gastronom\*innen nachhaltig.

### Begründung

In der Gastronomie, bzw. Hotellerie gibt es verschiedene MwSt-Sätze - vor der Corona-Krise galt folgendes:

- Übernachtungen 7% Umsatzsteuer
- Frühstück im Hotel 19 %
- Parken am Hotel 19%
- Essen und Trinken im Restaurant 19%
- Essen zum Mitnehmen 7%

Seit dem 1. Juli gilt als Teil des Corona-Konjunkturpaketes folgendes:

- der Umsatzsteuersatz für das Essen im Restaurant auf von 19 auf 7%, nicht aber für das Trinken.
- Dank des neuen Konjunkturpakets werden aber nun Übernachtungen und Außerhauslieferungen mit 5 statt 7% besteuert und die Getränke mit 16%.

Die Maßnahmen sind bis zum 30. Juni 2021 befristet. Das Steuersystem ist pures Chaos, für viele Gastronom\*innen und Hotellerie-Angestellte bedeutet die kurzfristige Änderung vor allem einen bürokratischen Aufwand. Langfristig sollte daher eine Homogenisierung der Steuersätze geplant werden. Im Bereich der Gastronomie (Essen vor Ort vs. Essen to go) beträgt die Differenz ganze 12% und ich finde es weder nachhaltig noch sinnvoll, dass Essen zum Mitnehmen (oft in Massen von Plastikverpackungen) geringer versteuert wird als der Verzehr im Restaurant. Als Tourismusland RLP sollten wir uns auf Bundesebene dafür einsetzen, dass diese Ungleichheit gestoppt wird und somit unsere Gastronom\*innen auch über die Krise hinaus eine realistische Überlebensperspektive haben.

(Ergänzung zu Seite 5, Zeile 212 ff.)

## A15 LTWP 2 - 2 - Familienunternehmen stärken und die Unternehmensnachfolge berücksichtigen

Antragsteller\*in: Julian Joswig (KV Rhein-Hunsrück)

### Antragstext

- 1 Eine der größten Herausforderungen für Familienunternehmen und den Mittelstand ist die Unternehmensnachfolge. Das Land sollte Unternehmer\*innen und Familien bei diesem Prozess durch regionale Suchbörsen zur Findung von Nachfolger\*innen unterstützen und die Problematik auch in der Fiskalpolitik bedenken.

### Begründung

Im Entwurf zum Wahlprogramm werden Familienunternehmen kein einziges Mal genannt, dabei sind sie die Grundlage für viele erfolgreiche Unternehmen jeglicher Branchen, ob in der Landwirtschaft, dem Tourismus oder der Zulieferindustrie.

Die Unternehmensnachfolge ist eine riesige Herausforderung für viel Betriebe und ein wichtiges Thema, dem sich die Politik annehmen muss. Lokale Suchbörsen sind ein leicht umzusetzender Vorschlag, um hier Signalwirkung zu haben. Darüber hinaus sollte die Unternehmensnachfolge auch fiskalisch angedacht werden und bei der notwendigen Überarbeitung der Erbschaftssteuer (Bundesthema) muss hierfür eine Sonderregelung geschaffen werden.

(Ergänzung zu Seite 2, Zeile 75 ff.)

## A16 LTWP 6 - 6 - Das Modell der Dualen Hochschulen ausbauen

Antragsteller\*in: Julian Joswig (KV Rhein-Hunsrück)

Status: Zurückgezogen

### Antragstext

- 1 Um diese Transformation zu meistern, brauchen wir eine starke Forschungslandschaft und akademisch gut qualifizierte Fachkräfte. Außerdem wollen wir das Modell des Dualen Studiums fördern und die Dachorganisation Duale Hochschule Rheinland-Pfalz zu einer eigenständigen Hochschule weiterentwickeln. Das Erfolgsmodell der DHBW ist hierfür ein Vorbild und zeigt, wie wichtig ein solches Bildungsangebot
- 2 für die Wirtschaft und die Attraktivität der Regionen ist.

### Begründung

Im gesamten Entwurf wird die Duale Hochschule Rheinland-Pfalz (DHR) kein einziges Mal genannt. Das Modell des Dualen Studiums ist seit Jahren erfolgreich, es bietet Studierenden die Möglichkeit, relevante Praxiserfahrung im Studium zu sammeln und einen erleichterten Berufseinstieg zu erleben. Die DHR ist de facto keine eigenständige Hochschule, sondern nur eine Dachorganisation, welche passende Studiengänge vermittelt. Andere Länder, insb. Baden-Württemberg mit der DHBW, haben erfolgreiche, eigenständige Duale Hochschulen und RLP sollte sich dieser Entwicklung anschließen, um attraktive Studienangebote für Schulabgänger\*innen und Weiterbildungsmöglichkeiten für die lokale Wirtschaft zu schaffen.

(Ergänzung im Teil LTWP-6: 6. Gerechte Bildung – Innovative Wissenschaft zu den Hochschulen; Seite 6, Zeile 251 ff.)

**A17** LTWP 2 - 2 - Gesundheitstourismus anerkennen und aktiv fördern

Antragsteller\*in: Julian Joswig (KV Rhein-Hunsrück)

## **Antragstext**

- 1 Im naturnahen Tourismus wollen wir den Fokus vor allem auf unseren Nationalpark Hunsrück-Hochwald, das einzigartige UNESCO-Biosphärenreservat Pfälzerwald-Nordvogesen und die Naturparke und Naturschutzgebiete im Land legen. Im Zusammenhang mit dem Naturerlebnis bietet insbesondere der Gesundheitstourismus ein großes Potential für unser Land.

## **Begründung**

Der Aspekt des Gesundheitstourismus muss dringend ins Wahlprogramm aufgenommen werden. Insbesondere im Zusammenhang mit naturnahem Tourismus bietet die Gesundheitswirtschaft ein riesiges Potential, welches in RLP gefördert werden sollte.

(Ergänzung zu Seite 5, Zeile 197 ff.)

## A18 LTWP 2 - 2 - Die ISB zu einer Klimaschutzbank weiterentwickeln

Antragsteller\*in: Julian Joswig (KV Rhein-Hunsrück)

### Antragstext

- 1 Daneben fördern wir die Innovationskraft in unserem Land, indem wir Stipendien für Gründer\*innen vergeben, die nachhaltige Projekte verfolgen. Außerdem wollen wir die Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISB) in ihren Kompetenzen ausbauen, um die Unternehmen im Land bei der sozial-ökologischen Transformation mit Beratung und finanzieller Hilfe zu unterstützen.

### Begründung

Die ISB wird im Programmentwurf gar nicht erwähnt, dabei ist sie ein wichtiges Finanzierungsvehikel für Investitionen und notwendige Hilfszahlungen (Bsp. Corona-Hilfe) der Unternehmen. Als GRÜNE sollten wir uns für eine Weiterentwicklung der ISB zu einer "Klimabank" einsetzen, die als Landesbehörde ökologische Modernisierungsleistungen der Unternehmer\*innen finanziell und mit Beratung unterstützt.

(Ergänzung auf Seite 2, Zeile 41 ff.)

## Antragstext

- 1 Gründungsstipendien und Gründungsdarlehen können helfen, um Gründerinnen und Gründern mit CO<sub>2</sub>- und ressourcensparenden (streichen)innovativen Geschäftsmodellen den Einstieg in die Selbstständigkeit zu erleichtern. Um Frauen zu ermutigen, werden wir sie im Rahmen eines Gründerpreises mit einer eigenen Kategorie besonders ansprechen.
- 2 Zu ergänzender Absatz: "Sustainable Entrepreneurship" leistet einen wichtigen Beitrag zur Lösung von gesellschaftlichen Herausforderungen. Diese besondere Form von Unternehmensgründungen benötigt spezielle Förderinstrumente und Beratung, die wir entwickeln und ausbauen wollen.

## Begründung

Neben einer allgemeinen Förderung von Unternehmensgründungen und der besonderen Unterstützung von Gründerinnen, erfordert es spezielle Instrumente um "Sustainable Entrepreneurship" zu fördern. Diese Form von Gründungen adressieren mit ihren Angeboten und Dienstleistungen gezielt ökologische oder soziale Herausforderungen.

A20 LTWP - 1 - 29 Gutes Klima - Saubere Energie

Antragsteller\*in: Patrick Weirich (KV Cochem-Zell)

## Antragstext

- 1 Wir wollen den Klimaschutz in die Verfassung schreiben, um ihn auf allen Ebenen besser durchsetzen zu können. (streichen)
- 2 Neu: Wir möchten das der Staat, die Gemeinden und die Gemeindeverbände bei ihrem Handeln das Nachhaltigkeitsprinzip berücksichtigen, um die Interessen zukünftiger Generationen zu wahren. Daher möchten wir den Nachhaltigkeitsgrundsatz als Staatsziel in der Verfassung verankern.

## Begründung

Das "Nachhaltigkeitsprinzip" als Staatsziel berücksichtigt auch die soziale und ökonomische Dimension der Generationengerechtigkeit.

Weiterführende Informationen dazu: Verfassung des Landes Hessen, Stellungnahmen des Rat für Nachhaltige Entwicklung oder Hans-Jürgen Papier (ehem. Verfassungsrechtler)

(ggf. an anderer Stelle im LTWP - 8; 11 oder 15)

## Antragstext

- 1 Es soll selbstverständlichersein (streichen)werden, auch von mobilzu Hause arbeiten (streichen) zu arbeitenkönnen. Um Arbeit und Familie besser unter einen Hut zu bekommen, sollen die Möglichkeiten von zuhause oder unterwegs zu arbeiten für Arbeitnehmer\*Innen und Arbeitgeber\*innen verbessert werden. Wenn keine wichtigen Gründe dagegensprechen sollen Arbeitnehmer\*innen ein Recht auf Homeoffice
- 2 haben.

## Begründung

Unternehmer\*innen tragen Verantwortung für Arbeitsabläufe. Teamwork, Gesprächsrunden oder das Beschaffen von Informationen und Arbeitsmaterialien gehören genauso zum Arbeitsalltag vieler Arbeitnehmer\*innen wie die Arbeit am Computer. Und auch das Zusammensein mit Mitarbeiter\*innen hat für ein mittelständisches Unternehmen einen hohen Wert.

Die Kosten die mit der Einrichtung eines Arbeitsplatzes, unabhängig ob dieser Zuhause oder im Büro ist, sind hoch. Dazu zählen neben dem Computer die dafür erforderlichen Lizenzen, Schreibtisch, Stuhl und wie ist es mit (schnellem und immer bereiten) Internetzugang, Telefon. Hinzu kommen Versicherungen, etc. Zudem kommt hinzu, dass die Gesundheitsvorsorge am Arbeitsplatz auch für einen Heimarbeitsplatz gilt.

Schließlich kommt die Datenschutzfrage, die in vielen Fällen für die/den Arbeitgeber\*in mit hohem Kostenaufwand verbunden ist.

Die Corona-Pandemie hier viel in Bewegung gesetzt. Warum sollen wir diese Bewegung gleich regulieren? Warum nicht erstmal die Entwicklungen abwarten. Denn es gibt auch viele Bereiche in denen mobile Arbeitsplätze ganz im Sinne von Arbeitgeber\*in und Arbeitnehmer\*in sind und vollkommen von selbst eingerichtet werden können.

Wir werden in den kommenden Jahren eine erhebliche Belastung der Wirtschaft und des Mittelstandes haben, um die Klimaziele zu erreichen. Zudem haben wir derzeit eine aufgrund der Pandemie sehr instabile Wirtschaft und es ist noch nicht absehbar, wie diese sich in Zukunft entwickelt. Der Rechtsanspruch würde aber vor allem KMU treffen und eben nicht große Unternehmen.

A22 LTWP 2 - 174 - Wirtschaftsförderung 4.0 für den sozial-ökologischen Wandel einfügen

Antragsteller\*in: Hannah (LAG Wirtschaft)

## Antragstext

- 1 Unter Nachhaltiges Wirtschaften Einfügen: Mit dem Konzept der Wirtschaftsförderung 4.0 wollen wir regionale und kooperative Wirtschaftsformen stärken. So werden Beziehungen zwischen Konsumierenden und Produzierenden hergestellt, die Wirtschaft transparenter gestaltet und die Widerstandsfähigkeit von Rheinland-Pfalz bei Wirtschaftskrisen erhöht.

## Begründung

Hier wird nur eine Außenhandelsstrategie erwähnt. Das sind die Wirtschaftssziele von gestern. Heute müssen wir auch wieder verstärkt regional denken, um Resilienz als Gesellschaft aufzubauen.

## A23 LTWP 2 - 26 - Verbraucherschutz

Antragsteller\*in: Hannah (LAG Wirtschaft)

### Antragstext

- 1 Zu unserem Leitbild einer verantwortlichen Wirtschaft gehört auch ein starker Verbraucherschutz. Transparenz über Produktionsbedingungen und Inhaltsstoffe der Produkte fördert den selbstbestimmte Konsum. Doch wollen wir die Verantwortung für die wirtschaftliche Nachhaltigkeit nicht auf die Verbraucher\*innen abladen, sondern hier vor allem die Produktionsseite in die Verantwortung nehmen.
- 2 26 [Grüne Politik schafft die Voraussetzungen dafür, dass die
- 3 27 Verbraucher\*innen auf Augenhöhe mit Unternehmen selbstbestimmt am Marktgeschehen
- 4 28 teilnehmen und frei wählen können, was sie konsumieren wollen] Streichen

### Begründung

Verbraucherschutz ist wichtig, kann aber die Regulierung der Produktionsseite nicht ersetzen, das müssen wir deutlich machen!

A24 LTWP 2 - 29

Antragsteller\*in: Hannah (LAG Wirtschaft)

## Antragstext

- 1 29 Zukunftssicherung durch (nachhaltige) die sozial-ökologische Transformation
- 2 30 [Für eine nachhaltige Transformation bietet unser Land solide Grundlagen und
- 3 31 herausragende Möglichkeiten. Dabei stellt sich nicht die Frage, wie wir
- 4 32 ökologische Standards gegen wirtschaftliche Interessen durchsetzen können. Ganz
- 5 33 im Gegenteil:](Streichen)
- 6 Wir brauchen (die) eine sozial gerechte und ökologische Transformation, damit wir die
- 7 34 Grundlagen unseres Wohlstands und unserer Wirtschaftskraft für die Zukunft
- 8 35 sichern können.

## Begründung

Frames, auch wenn man sie verneint benutzt (Wirtschaft gegen Ökologie) wirken bestärkend. Wir sollten diese Gegenüberstellung weglassen und einfach das Positive betonen. Wir müssen auch soziale Gerechtigkeit betonen,

A25 LTWP 2 - 63 Green Deal

Antragsteller\*in: Hannah (LAG Wirtschaft)

## Antragstext

- 1 Wir GRÜNE
- 2 63 Rheinland-Pfalz, im Herzen Europas, [wollen] unterstützen den Green Deal [nutzen, um] und wollen in Rheinland-
- 3 64 Pfalz [zur führenden Region der] diese sozial-ökologische Transformation[zu machen] umsetzen.

## Begründung

Es geht hier nicht darum führend zu sein. Wenn wir weiterhin global am Wettbewerbsgedanken festhalten, haben wir ein Problem, weil wir dann zu langsam vorwärts gehen- Es geht darum, dass alle nach bestem Wissen und Gewissen handeln, egal was China oder Italien macht. Hier in Rheinland-Pfalz wollen wir handeln! Der Wettbewerbsgedanke hilft uns nicht bei den globalen Klimafragen, sondern wir müssen zusammenarbeiten als Weltrisikogesellschaft.

## A26 LTWP 6 - 6 - Bekenntnis zur Dualen Hochschule Rheinland-Pfalz (DHR)

Antragsteller\*in: Julian Joswig (KV Rhein-Hunsrück)

### Antragstext

- 1 Wir GRÜNE bekennen uns zur Gleichwertigkeit der beruflichen und akademischen
- 2 Bildung. Die duale Berufsausbildung und die Meisterqualifikation sind tragende
- 3 Säulen für die Ausbildung von Fachkräften. Zentraler Beitrag des Landes zu
- 4 unserem auch im internationalen Maßstab vorbildlichen System der dualen
- 5 Berufsausbildung sind die Bildungsangebote der Berufsbildenden Schulen. Außerdem unterstützt die Duale Hochschule Rheinland-Pfalz (DHR) die Koordination eines berufsbegleitenden Studiums, so dass Dual Studierende Praxis und Theorie verzahnen können.

### Begründung

Die Duale Hochschule des Landes wird im gesamten Wahlprogramm kein einziges Mal genannt. Ich finde, wir sollten uns zur DHR bekennen und sie zumindest positiv im Programm vermerken.